

DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND, LANDESVERBAND SAARLAND E.V.

Stellungnahme des Landesverbandes Saarland e.V. im Deutschen Kinderschutzbund zur geplanten Schließung von Grundschulen

Der Kinderschutzbund hat sich als Landesverband mit dem Thema der Grundschulschließungen mittlerweile auch intensiv auseinandergesetzt. In vielen fachlichen Gesprächen und Diskussionen sind folgende Überlegungen entstanden, die hier in einer Stellungnahme deutlich werden sollen.

Der Kinderschutzbund steht auf der Seite der Kinder und ihrer Familien, ist die Lobby der Kinder und insofern ist klar: Es geht hier – bei allem Verständnis für die Kostenseite – in erster Linie um unsere Kinder und um das, was die Kinder als Rahmen für ihr Leben vorfinden können oder nicht und was das für ihre Entwicklung und Zukunft bedeutet. Mit diesem Leitgedanken sind die folgenden Überlegungen zu verstehen:

Zuerst soll dargestellt werden, worin der Kinderschutzbund Nachteile und Gefahren von Grundschulschließungen sieht.

- Mit der Schulschließung im eigenen Ort ist für noch mehr Kinder als bisher ein Verlust des „normalen“ Schulweges zu Fuß verbunden. Dadurch geht Wichtiges verloren, angefangen von körperlicher Bewegung und verschiedenen Kontakten zu anderen Kindern, zum Wohn-Umfeld etc. über das Einüben von selbständiger Verantwortung bis zur Verarbeitung von schulischem bzw. häuslichem Geschehen auf dem Hin- und Rückweg.
- Zusätzliche Umweltbelastungen werden mit den Schließungen einhergehen: Erheblich mehr Bustransporte führen zu deutlich mehr Geräusch-, Geruch-, Feinstaubemissionen u.ä.m.
- Es ist ein erkennbarer Anstieg an Aggressionen während der Busfahrten von SchülerInnen zu beobachten. Das ist ein sehr ernstzunehmendes Problem, welches sicherlich auch abhängt von dem wirtschaftlichen Druck der Transportunternehmen (überfüllte Busse und Stress aller Beteiligten durch den Zeitdruck).
- Viele Kinder und ihre Angehörigen müssen ein deutlich früheres Aufstehen und späteres Heimkommen in Kauf nehmen. Je nach örtlichen Gegebenheiten dürfte dies durchaus bis zu einer halben Stunde morgens und mittags ausmachen. Diese Zeit geht den Kindern für andere wichtige Dinge oder für die notwendige Ruhe und Erholung verloren bzw. zusätzliche zeitliche Enge und der damit verbundene Stress für die ganze Familie sind die Folge.
- Durch die Schließung von Schulen im eigenen Ort wird es sicherlich manche Verluste an Lebensqualität in Orten ohne Grundschule (Stichwort: „Verödung“) geben: Denn u.a. wird es für jungen Familien weniger attraktiv sein, in solche Orte zu bauen oder zu ziehen! Das Vereinsleben wird Einbußen hinnehmen müssen, u.a. weil die Lehrerschaft und der Schulförderverein als Akteure vor Ort wegfallen.
- Es ist eine geringere Kooperation beim Übergang von Kindergarten zur Grundschule wegen der größeren Entfernung zu befürchten, obwohl gerade dieser Übergang noch besser verzahnt werden müsste.
- Der Verlust der Schule im eigenen Ort erschwert die Nähe zwischen Schule und Elternhaus, erschwert somit die Identifizierung von Eltern mit Schule, erschwert die dringend notwendige intensive Elternarbeit, nicht zuletzt weil Kontakte zur entfernteren Schule mit mehr Zeit und Kosten (Hin- und Rückfahrten) verbunden sind.

- Es kommt zu größeren Problemen bei individuellen Besonderheiten bzw. Störungen des normalen Schulbesuchs , wie z.B. Verspätung, Erkrankung/Unpässlichkeit zu Hause oder in der Schule.

Manche Faktoren können sich (je nach konkreten Gegebenheiten vor Ort) positiv oder negativ auswirken, z.B. :

- Grundsätzlich könnte die Reform zu mehr und besseren Räumlichkeiten und Lernmaterialien (Funktionsräume, Computer, Bücher, Lernmaterialien u.a.m.) führen, aber es kann durchaus auch das Gegenteil eintreten, wenn die Räumlichkeiten der neuen Zentralschule nicht ausreichend sind und dann sogar bisherige Funktionsräume besonderer Art wegfallen, weil sie als Klassenräume genutzt werden müssen.
- Die Aufdeckung von Schwachstellen und Lernrückständen durch bessere Vergleichsmöglichkeiten zwischen Parallelklassen könnte eine Chance für die Beurteilung und für die Lern- (und Lehr-)Motivation sein, aber es können sich auch Negativ-Prozesse durch ungute Konkurrenz-Situationen ergeben.
- Die Schulschließungen verursachen den Kommunen erhebliche zusätzliche Kosten, was den Transport der Kinder zu Nachbarschulen angeht. Es gibt Schätzungen, nach denen 3 Millionen € an Fahrtkosten im gesamten Saarland zusammenkämen. Dem muss man die Ersparnisse an Gebäudekosten gegenrechnen. Da man letztendlich die wirtschaftliche Lage des Landes wie der Kommunen nur als Ganzes sehen kann, darf das Land diese Kosten nicht vernachlässigen.

Chancen, die mit der geplanten Strukturveränderung einhergehen könnten, unter der Voraussetzung, dass ein erheblicher Teil der primär eingesparten Kosten ohne zeitlichen Verzug in echte Qualitätsverbesserungen investiert werden:

- Bei einer größeren Anzahl von Lehrpersonen dürfte sicherlich mit besser garantierter Zeit voller Beschulung, auch bei Ausfall von Lehrpersonen, zu rechnen sein; wegen der größeren Problematik bei Schulausfall durch die größeren Distanzen jedoch sollten trotzdem zusätzliche Springer o.ä. Hilfen zur Kompensation von Lehrer-Ausfall vorhanden sein.
- Die Einstellung zusätzlicher Lehrer könnte die Möglichkeit zu besserer Differenzierung und zu besonderer Förderung von Schwächeren oder Benachteiligten oder zu stärkerer Förderung von leistungsstarken Schülern eröffnen. Dazu gehören auch mehr Sozialpädagogische Hilfen (Schulpsychologen und -sozialarbeiter, Schoolworker, Integrationslehrer), gehört eine engere Zusammenarbeit mit allen Eltern. Was ist konkret geplant?
- Verbesserung des Nachmittags-Unterrichtes: Hier müssen dringend die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass generell viel mehr Fachlichkeit gewährleistet ist, also Einsatz von mehr Lehrerstunden, Einsatz von qualifizierten ErzieherInnen und SozialpädagogInnen. Wie viel der eingesparten Gelder soll dorthin fließen?
- Das Erlernen einer Fremdsprache könnte/müsste verbessert werden als Folge der Zweizügigkeit.
- Es müssten mehr und zugleich kleinere Schulkindergärten/Vorschulklassen geben, mehr Sprach- und Förderprogramme für ausländische Kinder sowie lernschwache Kinder sonstiger Art geben, sowohl vor der Einschulung als auch danach.
- Die Direktoren sollten zusätzliche Zeit (nicht zuletzt durch die Erledigung von Verwaltungsarbeiten durch größere Deputate an Sekretärinnen und durch geringere Unterrichtsverpflichtung als augenblicklich.) für die Qualitätsentwicklung (Personalführung, Beratung u.ä.) des Kollegiums erhalten; in dieser Hinsicht sind Dependancen eher problematisch.

Weitergehende Überlegungen bzw. Forderungen:

- Mit der Schließung von Grundschulen ist zugleich eine Veränderung der Schullandschaft und der Dynamik in Klassen verbunden: Auch wenn eine gewisse Durchmischung von unterschiedlichen Kindern und eine Zahl nicht unter 15 für die Gruppendynamik sinnvoll ist, so sind doch grundsätzlich eher schlechtere Lernbedingungen zu erwarten, wenn die Klassen zu groß sind, da man auf die einzelnen Kinder nicht mehr eingehen kann bei

einem vollgepackten Curriculum und immer größeren sozialen Problemen, wie sie Kinder und Familien heute ausgesetzt sind. Der Teiler von 29 liegt insgesamt sehr hoch; ein Grenzwert von 25 SchülerInnen wäre sicherlich in vielerlei Hinsicht für die Pädagogik deutlich besser, wenn er bezahlbar wäre.

- Unabhängig von dieser Messgröße an sich müssten besondere Belastungsfaktoren von Kindern gewichtet werden, etwa ausländische Kinder mit deutlichen Sprachproblemen, Ballungen von Kindern aus sozialen Brennpunkten, behinderte Kinder bzw. Integrationskinder u.ä., so dass besonders belastete Klassen bis zu einem Drittel kleiner sein müssten als Klassen ohne solche besonderen, operational zu quantifizierenden Belastungsfaktoren.
- Die Lehrer-Ausbildung müsste sowohl im Studium als auch in der Referendanzzeit verbessert werden.

Grundsätzliche Forderungen aus Sicht des Kinderschutzbundes zum Procedere überhaupt:

- Eine bessere und frühere Beteiligung aller Leute vor Ort wäre sinnvoll gewesen, sollte aber auch jetzt noch eine größere Bedeutung erhalten.
- Da viele Faktoren nicht per se besser oder schlechter sind (und dies gilt sicherlich auch für die Zweizügigkeit selbst), sondern von zusätzlichen Aspekten abhängen, würde mehr Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort sicherlich die Gesamtstruktur in jeder Gemeinde optimieren helfen, ebenso wie die Gesamtkosten.
- Die Einrichtung einzelner Kombiklassen dürfte kein Tabu sein, wenn damit vor Ort eine Optimierung der gesamten Struktur gegeben wäre.
- Streckung der Zeit der Umstrukturierung auf mehrere Jahre, wenn dadurch bessere Abläufe zu erzielen sind (Berücksichtigung von Schülerzahlen der kommenden Jahre, der Personalentwicklung wie Berentung von Lehrpersonen/Rektoren, Zustand der Gebäude (soeben erfolgte Renovierungen vs. demnächst anstehende Renovierungen; manche Bauaufträge für Renovierungen sind erst vor kurzem vergeben worden bzw. umgesetzt worden.) u.a.m. Mit etwas weiter reichender Zeitperspektive ließen sich auch die (ebenfalls wegen zurückgehender Kinderzahlen und geringerer Finanzmittel) demnächst anstehenden Struktur-Veränderungen von Kindergärten und Schulen des Sekundarbereichs in ein besseres Gesamtkonzept einbauen.

Aus all diesen Überlegungen resultiert die Grundforderung, Optimierungen der Schullandschaft (ebenso wie notwendige Sparmaßnahmen) nicht jetzt und heute mit der Holzhammer-Methode durchzuboxen, sondern in partnerschaftlicher „konzertierter Aktion“ aller Beteiligten vor Ort einen permanenten Organisationsentwicklungsprozess mit Herz und Augenmaß zu gestalten, jetzt und in der weiteren Zukunft.

Und das letzte Wort sollen beim Kinderschutzbund – wie soll es anders möglich sein – die Kinder und Familien haben. In vielen Gesprächen mit jungen Familien wird eines deutlich (und dieser Aspekt steht hinter allen Grundschulschließungsdiskussionen): Dies ist kein Land, in dem man gerne (mehrere) Kinder bekommen möchte. Die Familienpolitik ist so ausgerichtet, dass Kinder heute ein Armutsrisiko darstellen und nicht primär, wie es eigentlich ist und sein sollte, Quelle der Freude und Lebendigkeit sind.

Hinter der Schließungsdiskussion und ihrer geforderten Notwendigkeit steht doch die veränderte Kinderzahl. Und da muss die Politik näher hinschauen, denn es ist nicht damit getan, Symptome zu bekämpfen, sondern man muss an die Wurzeln gehen, wenn man Gesundungsprozesse einleiten will. Warum gibt es immer weniger Kinder in Deutschland? Es muss dringend viel mehr dafür getan werden, dass es wieder attraktiv wird, Kinder zu haben! Und damit ist sicher nicht gemeint, nur Aufbewahrungsorte für Kinder zu schaffen, damit man/frau Beruf und Familie vereinbaren kann, sondern es ist wichtig, vertrauend zu wissen,

dass man nicht in das finanzielle Abseits gerät, wenn man sich für Kinder entscheidet (u.a. Frankreich bietet hierfür gute Alternativmodelle in Sachen Familienpolitik)!
Unsere Kinder und Eltern benötigen wieder mehr Sicherheit und Vertrauen bezüglich der künftigen Lebensperspektiven (etwa Umwelt, Arbeitsplatzsicherheit, Partnerschaft und soziales Netzwerk betreffend)!